

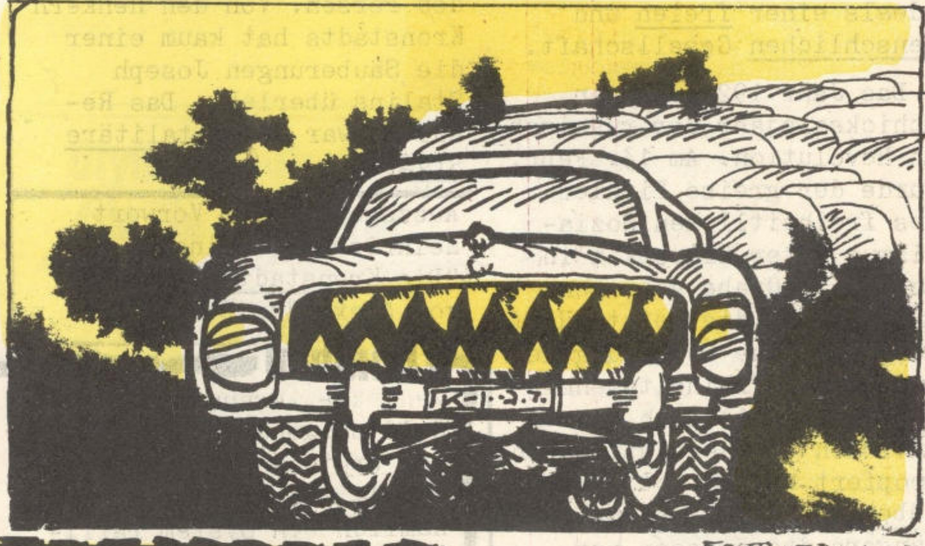
Nr. 8 1972

AUTOS RAUS
AUS DER INNENSTADT

Die Zerstörung unserer Stadt und des städtischen Lebens durch das Auto hat einen Punkt erreicht, der uns Kölner Bürger zu einer aktiven Bekämpfung des Autos zwingt.

Immer mehr dieser stinkenden, lärmenden Blechkästen quälen sich Tag für Tag durch unseren Lebensbereich, fordern immer breitere Straßen, immer größere Parkhäuser. Unsere Stadt scheint nicht mehr dem Menschen, sondern dem Auto dienen zu müssen.

- Immer mehr Bäume werden gefällt, damit Autos Platz haben.
- Immer mehr Parks und Anlagen werden zerstört, damit Autos Platz haben.
- Immer mehr Lebensraum wird in Asphalt-Öde verwandelt, damit Autos Platz haben.



FORTSETZUNG S. 2

INHALT:

BOMBEN

"Bombenanschläge in Frankfurt, München, Hamburg" "Terror in ..." Diese und ähnliche Schlagzeilen prägten in den letzten Wochen die Titelseiten der Zeitungen und überall wurde von kriminellen Linksextremisten, anarchistischen Gewaltverbrechern und dergleichen mehr geredet.
Wir glauben, daß nun eine Stellungnahme von unserer Seite zu den letzten Ereignissen unumgänglich ist.

Politische Arbeit in der BRD bedeutet die Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Gesellschaft, die allen Menschen freie Entfaltungsmöglichkeiten bietest. Und eben dieser Versuch der sozialen Veränderung ist mühsam und langwierig und oftmals von Rückschlägen gekennzeichnet.
Resignation und Verzweiflung sind die Folgen, wenn die Reaktion übermächtig in allen Bereichen ihre Macht demonstriert.

Fortsetzung Seite 2

Bleivergiftung

Neben Kohlenmonoxyd, Kohlenwasserstoffen und Stickoxyden ist Blei ein gefährlicher Bestandteil der Autoabgase. Die Gefahren chronischer Bleivergiftung sind kaum abzusehen, einiges über sie weiß man allerdings schon:
Etwa zehntausend Kinder werden in den USA jährlich durch chronische Bleivergiftung schwachsinnig.

HEINZEL-CLASSIC

Der Aufstand der Kronstädter Matrosen kann erst heute, nach 50 Jahren, in seiner vollen Bedeutung verstanden werden. Die Tragödie hat sich wiederholt: 1937 in Barcelona, 1953 in Ostberlin, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei. Eine latente Kronstadt - Atmosphäre herrscht in Polen.
Klarer als **gestern** zeichnen sich die Fronten ab: Hier totalitärer Staat und machtbessener Imperialismus hinter der Fassade einer sozialistischen Fiktion, dort authentischer Sozialismus, heroische Repräsentation des unsterblichen Ideals einer freien und menschlichen Gesellschaft.

Das Jahr 1921 war ein Schicksalsjahr der russischen Revolution. Am 13. Febr. wurde der greise Pionier des freiheitlichen Sozialismus Peter Kropotkin in Moskau zu Grabe getragen und mit ihm die letzte Hoffnung auf eine Erfüllung der russischen Freiheitssehnsucht, für die sich Generationen von Revolutionären geopfert hatten.
Neben den direkten Anhängern des grossen verstorbenen Anarchisten waren alle freiheitlichen und demokratischen Richtungen von den Sozialrevolutionären bis zu den Tolstoianern vertreten. Richtungen, die sich bisher bekämpft hatten, sahen sich vereint unter dem Damoklesschwert des Tscheka-Terrors. Es war zu spät.
Am 24. Febr. brachen Arbeiterunruhen in Petrograd aus, am 28. Febr. die Erhebung des Sowjets von Kronstadt. Das Ziel dieser Bewegungen war die Herstellung direkter Arbeiter- und Bauerndemokratie im Sinne der ursprünglichen Räteidee. Ihre Forderungen waren vernünftig und massvoll. Von der Rechtmäßigkeit ihrer Sache waren sie ebenso überzeugt wie der Pariser Gemeinderat von 1871, so daß es ihnen so wenig wie diesem in den Sinn kommen konnte, gegen die drohende Armee die Offensive zu ergreifen. Ein Entgegenkommen der Regierung hätte den Konflikt im Sinne eines Kompromisses durchaus bannen können. Doch zogen es Lenin und Trotzki vor, ganze Arbeit zu machen.
Die Kronstädter wurden vor der russischen und internationalen Öffentlichkeit als Konterrevolutionäre diffamiert und blutig unterdrückt. Damit machte Russland den letzten Schritt zur uneingeschränkten Parteidiktatur. Ihr folgte die Diktatur innerhalb der kommunistischen Partei auf den Fersen. Von den Henkern Kronstadts hat kaum einer die Säuberungen Joseph Stalins überlebt. Das Resultat war der totalitäre Staat.

Auszüge aus dem Vorwort Heinrich Koechlins zu "Die Kronstadt-Rebellion" von Alexander Berkman

AUTOS RAUS

FORTSETZUNG S 1

Seit Jahren weisen die Fachleute darauf hin, daß die Verkehrsprobleme in Großstädten mit dem Auto (Individualverkehr) nicht zu lösen sind.
Dennoch werden immer neue Stadtautobahnen und Parkhäuser gebaut, die natürlich nur noch mehr Autos in die Stadt hineinpumpen, zum Profit der autoabhängigen Industrie und auf Kosten unserer Gesundheit und des Lebens in unserer Stadt.
Mit Milliarden wird das Auto gefördert, aber für öffentliche Verkehrsmittel (U-Bahn, S-Bahn) ist nicht genügend Geld da.
Der Nulltarif der KVB kann angeblich aus finanziellen Gründen nicht eingeführt werden, aber die Autos fahren im Nulltarif über Autobahnen und Brücken, verschlingen unseren Sauerstoff und verpesten unsere Luft. Tag für Tag füllen Sie unsere Straßen mit Lärm und erhalten über das km Geld sogar noch Steuerprämien dafür.
Köln ist für die Kölner da - nicht für die Autos!

Bomben

wenn die Vernunft dem Geld zu gehorchen hat und der brutale Staatsapparat zeigt, was er wirklich ist, nämlich ein System raffinierter Unterdrückungsmechanismen.
Berücksichtigt man außerdem noch die Tatsachen, daß von staatlicher Seite allesmögliche unternommen wird um die sozialistische Bewegung zu kriminalisieren, daß in Berlin Bomben vom Verfassungsschutz gelegt wurden (wie es im Mahler-Prozeß gerichtskundig wurde) und daß Genossen von der Polizei ermordet wurden (Georg von Rauch in Berlin, Thomas Weißbecker in Augsburg), dann ist es nicht mehr allzu verwunderlich, wenn die Herrschenden und ihre Lakaien von einigen rücksichtslos bekämpft werden, mit Bomben als Gegengewalt.
Das heißt jedoch nicht, daß wir die Bombenanschläge als politisch sinnvoll akzeptieren, im Gegenteil, nach unserer Ansicht ist das Loch im Kopf des Springer-Arbeiters tausendmal schlimmer als Loch im Springer-Hochhaus.
Die momentane Situation nutzt gerade denen, die wir bekämpfen, die herrschende Klasse und ihre Erfüllungsgehilfen, F. J. Strauß und die NPD, Verfassungsschutz und Polizei. Endlich können sie sich als Beschützer des Volkes aufspielen, die kalten Krieger und Notstands-befürworter, endlich können sie ohne den Widerstand der Bevölkerung ganze Städte (wie in Frankfurt) besetzen lassen und Polizeistaat praktizieren.



"Panem et circenses - Brot und Spiele" gellte es vieltausendstimmig durch Roms Arenen, während ausgehungerte Löwen an den Kampfbahnwänden emporschnellten, nubische, karthagische und einheimische Sklaven zerrissen, ausgebildete Gladiatoren sich gegenseitig abschlachten und Cäsaren den Daumen gelangweilt wahlweise nach oben und nach unten drehten.

Panem et circenses- Brot und Spiele, eine bewährte Methode den gröbsten Hunger der Abhängigen und Unterdrückten zu befriedigen und Agressionen in politisch ungefährliche Bahnen abzufälschen. Freud hätte seine Freude gehabt.

Völkerverbindendes Treffen?

Heute ist das anders. Bald finden sie sich wieder zusammen die Jungen der Welt zu völkerverbindendem Treffen, der Olympiade, um sich zu messen. National zu messen. Schön geordnet nach Nationen. In perfekt sitzenden Maßanzügen werden Ost und West einmütig in die Münchner Kampfbahn einmarschieren. Ein erhebendes Bild. So völkerverbindend. Wo sind denn wir.

Ah, da hinten, unter flatternden Fahnen und tosenden Fanfaren. So schön wie es freilich Reichs-Public-Relations-Durchblicker Goebbels in Berlin zum germanischen Orgasmus einrichtete, ist es nun nicht mehr.

Olympia—Profite für die Industrie

Was ist also anders? Die Fanfaren klingen poppiger, Die Olympia-Uniformen sind modische Freizeit-Dresses. Diese Olympiade ist die aufwendigste. Bisher 1,972 Milliarden!!! Die Hochleistungssportler sind noch weniger Amateure. Die Investitionen der Industrie in ihre Kampfmaschinen sind noch höher. Die Rendite noch ergiebiger. Die Leistungen werden noch besser sein und die Sportler noch weniger vom totalen Zusammenbruch entfernt.

Dringende Sozialhilfe einfach „vergessen"

Und was bleibt von dieser wahnwitzigen 16-Tage-Hysterie, Olympiade genannt? Nach einer nachträglich von der Stadt München angefertigten Analyse: Totlaufende Straßen, ein völlig nutzloser U-Bahnhof, unrentable Beförderungsstrecken, verstaubende Selbstbefriedigungsbauten, die jährlich etwa 10 Mill. an Reinigungs- und Erhaltungskosten in Anspruch nehmen werden, und nichtsdestoweniger ein totales Münchner Finanzchaos, das Sanierungs- und Bebauungspläne, dringlichste Erfordernisse der Stadt, auf Jahre hindurch unmöglich machen wird. Allein die Entrümpelung der Olympischen Spiele wird 2 Mill. DM kosten, soviel wie die ganzen Spiele in Melbourne.
Was berechtigt eine Regierung, derart leichtfertig und verschwenderisch mit dem Volksvermögen zu aasen? Wir brauchen Schulen, Krankenhäuser, Altersheime und Wohnungen!!!
Noch einmal: 1,972 Milliarden, nur einige Millionen mehr als der Betrag, den der Bundeshaushalt 72 für das Ressort Schule, Bildung und Erziehung vorsieht für 16 Tage.
Panem et Circenses?

Schafft die Olympiade ab

Was ist das für eine völkerverbindende Idee, wo sich Nationen ihre Medaillienerfolge neiden, der Osten hämisch nach Westniederlagen schielt und umgekehrt, die Sportler weinen, die Industrie Profite macht, Kneipenwetter sich die Schädel einschlagen und aufgebrachte Kraftfahrer Verkehrsunfälle verursachen. Aber wir können sagen: 1972 war die Olympiade in München. Wir sind wer, Schafft die Olympischen Spiele ab!!!

Parlamentarismus

KEINE DEMOKRATIE

In den letzten Monaten wurde für jeden Bundesbürger offenbar, was der Deutsche Bundestag, der lange Jahre den Schein erweckte, die "Demokratie" in der BRD zu verkörpern, in Wirklichkeit ist: Nicht die Interessenvertretung des Volkes, sondern des Kapitals und derer, die im Bundestag sitzen.

Wilhelm Helms, unscheinbarer Bauer aus Bissenhausen, ehemals Abgeordneter der FDP entschloß sich Stunden nach dem Wahlsieg der CDU in Baden-Württemberg, daß seine parlamentarische Zukunft und damit seine Pfunde in der CDU wohl sicher sind. Monate zuvor hatte schon Herbert Hupka, Berufsvertriebener, sein Herz bzw. seine Geldbörse für die CDU geöffnet. Zogelmann und Erich Mende waren schon kurz nach der letzten Bundestagswahl von der FDP zur CDU übergelaufen.

Durch diese Übertritte nach der Wahl verringerte sich die Mehrheit der SPD/FDP Regierung zusehends. Schließlich versuchte die CDU/CSU, nachdem weitere FDP-und SPD-Abgeordnete ihre Bereitschaft signalisierten, ihre Partei zu verlassen, die Regierung zu stürzen, was knapp scheiterte. Allerdings kann es morgen anders sein. Bundestagsabgeordnete sind nach dem Gesetz nur ihrem "Gewissen" unterworfen. Sie sind an keine Weisung gebunden, es sei denn, jemand hilft mit Geld nach. Von 518 Abgeordneten gaben nur 80 eine Erklärung ab, daß sie keine "Beraterverträge" mit Unternehmern hätten. Die meisten Abgeordneten bekommen also Geldzuwendungen aus der Industrie, natürlich mit der Weisung, kapitalistische Interessen im Parlament zu vertreten. So gab Rainer Candidus Barzel zu, 60.000 DM von der Firma Henschel erhalten zu haben, der SPD-Abgeordnete Wienand erhielt von einer Fluggesellschaft 25.000 DM. Wenn Abgeordnete, gleich welcher Partei, nach ihrem "Gewissen" entscheiden, so in erster Linie für sich selbst. Ihre Bezüge erhöhen sie regelmäßig einstimmig. Neuwahlen, die durch die Stimmengleichheit von Regierung und Opposition in Erwägung gezogen worden sind, werden von vielen Abgeordneten abgelehnt, da die Möglichkeit besteht, daß sie frühzeitig ihre Sitze im Parlament verlieren. Sie verlieren dann auch ihren Anspruch auf eine Pension. Etliche SPD-Abgeordnete waren unter diesen Umständen sogar bereit gewesen, den Sturz der SPD/FDP-Regierung zu unterstützen.

Umgekehrt hätten manche CDU-Abgeordnete auch ohne Einigung mit der Regierung nicht gegen die Ostverträge gestimmt, nur um Neuwahlen zu verhindern und ihren Posten zu halten. Mehrmals wurde von der CDU versucht, Koalitionsabgeordnete durch größere Geldsummen zum Übertritt zu bewegen. Bei einigen ist es ihr auch gelungen. Etliche werden sie auch noch "überzeugen" können. Kurz vor den Wahlen werden die Wähler mit Versprechungen und nichtssagenden Phrasen eingelullt. Jede Partei und ihre Abgeordneten versichern, daß sie sich für "ihre Wähler einsetzen". Der Bürger glaubt, die Politik durch seine Stimme mitzuentscheiden. Doch wenn die Wahl vorbei ist, entscheiden die Abgeordneten nur nach ihrem "Gewissen", d. h. in ihrem und der Unternehmer Sinne. Dabei ist es belanglos, welcher Partei die Parlamentarier angehören. Die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition beziehen sich nicht auf das Wohl des Volkes, sondern es geht dabei um den optimaleren Weg für das Wohl des Kapitals und der eigenen Partei. Die Meinungsverschiedenheiten über die Wirtschaftspolitik z. B. konzentrieren sich auf die Frage, wie man die Unternehmergewinne am besten wieder steigern kann. Über die Ostverträge haben sich schließlich CDU/CSU und Regierung zusammengefunden, nachdem die Opposition erkennen mußte, daß die Unternehmer, die diese Ostverträge mit verbreitet haben, die Ratifizierung wünschten. Der Osthandel ist zu gewinnversprechend, als daß das deutsche Großkapital sich hätte dies durch das Nein der CDU zu den Verträgen entgehen lassen. Für die Ratifizierung der Ostverträge war nicht die Zustimmung der Bevölkerung entscheidend, die auch gar nicht offiziell (also von privaten Meinungsumfragen abgesehen) gefragt wurden, sondern das Votum der Industrie. Wären die Verträge dem Interesse der Industrie zuwidergelaufen, hätte deren Ablehnung auch die positive Meinung der Bevölkerung nicht geändert.

Der Parlamentarismus ist keine Demokratie, sondern die verschleierte Form der Klassenherrschaft der Kapitalisten. Demokratie kann nur durch das Volk selbst, d.h. durch Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen und ständige Abwählbarkeit und Kontrolle der Volksvertreter verwirklicht werden. ■


OLYMPIPPIADE
DER HEINZEL-BEITRAG
ZUM
OLYMPIA-JAHR 72

ALLE LUST DEM VOLKE
Bummst euch frei!

In unserer Gesellschaft gilt alles Sexuelle als unanständig, als Schweinerei. So wird schon das Vorhandensein sexueller Wünsche vor der Geschlechtsreife einfach geleugnet, da man die Kindheit als die Zeit der Reinheit und Unschuld ansieht.

Man kennt aber Kulturen, in denen der ausgeführte oder versuchte Geschlechtsakt offiziell zu den frühkindlichen Spielen gehört.
Es gibt in unserer Gesellschaft - weder für das Kind noch für den Jugendlichen - ein anerkanntes

OOohhhh....Oh.....Ohhhhhh...

Jedoch: Schon bei vier oder fünf Monate alten Babys beider Geschlechter sind orgasmusähnliche Zustände beobachtet worden. Der natürlichen Sexualität wird bei uns von Anfang an durch ein fickfeindliche Erziehung entgegengewirkt. Verhaltensweisen, welche die Erwachsenen in Zusammenhang mit Geschlechtlichkeit bringen, haben Verteufelung, Verbot und Bestrafung zur Folge.

Mittel zur Befriedigung seiner sexuellen Bedürfnisse.
Zwar wird vom Jugendlichen das Interesse am anderen Geschlecht erwartet; zur sexuellen Betätigung bleibt ihm aber nur das Wichsen. Das ist zwar auch verpönt, kann aber immerhin unbemerkt betrieben werden. Diese bedürfnisunterdrückende und lustversagende Sexualerziehung ist ausgerichtet auf das Vögeln in lebenslänglicher Einehe mit starker Betonung des Fortpflanzungszwecks. Nun dürfen sie. Aber können sie noch?

*

Erst haben sie ihr Leben lang nur den Triebverzicht, nicht aber den befriedigenden Umgang mit der eigenen Lust und der Lust des Partners gelernt und Sexuelles als etwas Unanständiges begriffen. Da ist es höchst fraglich, ob sie nun plötzlich fähig sind, Sexualität als etwas Natürliches und Schönes zu begreifen. Die Sexualerziehung orientiert sich also an der Institution der Ehe und keineswegs an den tatsächlichen sexuellen Bedürfnissen der Menschen. Der Mensch wird den Ansprüchen der Ehe angepaßt! Heirat ist ein wichtiger Schritt hin zur Familienbildung.

*

An der Erhaltung der heutigen Familie ist der Staat interessiert. Sie hat staatstragende Funktion: Die Vater-, Mutter-, Kindstruktur (Vater ist das Oberhaupt der Familie) macht das Kind mit der Autoritätsstruktur der Gesellschaft vertraut und fördert die Anpassung an autoritäre Hierarchien. Die Tatsache von "Oben" und "Unten" von Befehlen und Gehorchen geht in Fleisch und Blut über. So entsteht der sexuell verklemmte, kritiklose, autoritätsgläubige Befehlsempfänger - der ideale Staatsbürger für autoritäre Staaten in Ost und West!
Alle Lust dem Volke!

KINDER GARTEN PLANUNG DER STADT KOELN

Wir haben schon einmal am Beispiel der Wohnunterkünfte in Köln-Bocklemünd berichtet, mit welch betrügerischen Mitteln die SPD-Regierung der Stadt Köln versucht, ihre sozialen Probleme zu entledigen, ohne an der echten Not etwas zu ändern bzw. auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen. (Heinzelpress Nr. 3 vom 6. 11. 1971)
Wieder dreht es sich um den sozialen Brennpunkt in Bocklemünd, diesmal um die Kindergartenplanung. - In den Statistiken und Veröffentlichungen der Stadt Köln macht es sich gut, wenn man vorweisen kann, so und so viele neue Kindergartenplätze gebaut zu haben.

Meine Garage

Die von der SPD-Regierung der Stadt Köln neu gebauten Kindertagesstätten entsprechen mit langweiligster Monotonie wieder genau dem Bild vom Kindergarten als einer Garage, aus dem seit über 100 Jahren die Pädagogen versuchen auszubrechen, aber auf dessen Grundlage sie gezwungen sind, ihre Arbeit zu stellen. In diese Garage werden die Kinder von ihren Müttern morgens gebracht, abgestellt und abends wieder abgeholt.

Mein Spielzeug

Die Verdienstmöglichkeiten für bestimmte Spielwarenhersteller und branchenähnliche Firmen stößt einem als weiterer Aspekt ins Auge, wenn man beispielsweise sieht, daß in jeder neuen Einrichtung Spielwaren überwiegend von höchstens zwei, drei Herstellern zu finden sind.

Mein Puppenschrank

Um auf das konkrete Beispiel Bocklemünd zu kommen und bei den Spielsachen zu bleiben, durch Einsicht in die Rechnungen und Preiswie Qualitätsvergleich, kommt die seltsame Tatsache zu Tage, daß das Jugendamt der Stadt Köln beispielsweise alle Puppenmöbel bei der teuersten Firma eingekauft hat. Für einen einzigen Puppenschrank bezahlt die Stadt sage und schreibe fast 200 DM Steuergeld, für nur einen Puppenstuhl (für Kinder zum Sitzen nicht geeignet) 65 DM. Diese Beispielskette läßt sich beliebig erweitern. 12.000 DM ließ sich das Jugendamt eine unbrauchbare Alarmanlage kosten. Diese Anlage sichert im ganzen Gebäudekomplex die beiden Fenster des Personalzimmers, die Haupteingänge, wie jede Innentür. Alle anderen Fenster und die Gartentüren sind ungesichert. Die Anlage kann nur dann in Betrieb genommen werden, wenn sämtliche Türen geschlossen sind und geht von der logischen Überlegung aus, daß ein Einbrecher auch eine Innentür öffnet nachdem er eingestiegen ist, dann macht sich die Anlage mittels Klingel und Sirene bemerkbar. So weit, so gut, wenn nicht die Innentüren zum Teil schon beim Einbau so verzogen wären, daß sie sich nicht schließen ließen, bzw. beim leisesten Lufthauch von selber aufgingen. Außerdem machte ein Defekt in der Batterie es bisher unmöglich, die Anlage einzuschalten. Das Ergebnis: Seit der Eröffnung zwei Einbrüche, Diebstähle und Sachschaden von insgesamt über 1.000 DM.

Mein Tag

Die enorme Größe der Gruppenräume und die Tatsache, daß sie in extremer Weise die Lautstärke der Kinder und Erzieher durch Echo und Schall verstärken, obwohl lächerlicherweise behauptet wurde, die Decke sei schallisoliert, macht jeglichen Versuch einer sinnvollen pädagogischen Arbeit zu reiner Nervenqual. Die ca. 40 - 50 qm großen Räume sind vom Jugendamt für 30 Kinder geplant worden. Tatsache ist jedoch, daß schon der Lärm von 10 normal spielenden Kindern die Schmerzgrenze erreicht. Für alle Betroffenen ist der Aufenthalt im Kindergarten eine Qual. Das sind nicht die Voraussetzungen, um eine entspannte, fröhliche, freiheitliche Atmosphäre zu schaffen. Vielmehr wird man als Pädagoge in dieser Umgebung noch nicht mal durch eigenes Verschulden zum Wachhund, der bei kleinsten Anlässen losbrüllt und damit nur noch das Übel verschlimmert.

Mein Wunsch

Wann werden endlich die Kindergärten nicht mehr vom grünen Tisch von verständnislosen Leuten, die keine Ahnung von den erforderlichen Dingen haben und von geldgierigen Spielzeugfirmen geplant, sondern von den Betroffenen selber? Das sind die Eltern, Pädagogen und nicht zuletzt die Kinder, denen es bestimmt Spaß macht, ihren eigenen Kindergarten einzurichten...

BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ



„FREIE ENTFALTUNG DER PERSÖNLICHKEIT IM BETRIEB"

In den vergangenen Monaten wurden im gesamten Bundesgebiet die Betriebsräte aufgrund des neuen Betriebsverfassungsgesetzes (BVG) gewählt. Dabei ist keine Gelegenheit von der Regierung ausgelassen worden, das BVG in den höchsten Tönen zu loben. Doch nach genauerer Analyse kann man nur zu der Schlußfolgerung gelangen, daß das neue wie das alte BVG strikt arbeitnehmerfeindlich ist. Dem Arbeiter werden Scheinrechte zugestanden, die in Wirklichkeit nur die Funktion haben, seine Abhängigkeit gegenüber dem Unternehmer zu verstärken.

ZUM WOHLE DES BETRIEBES

Schon §2,1 umschreibt den Betriebsrat als Büttel der Unternehmer: "Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten... vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zusammen." Mithin wird der fundamentale Gegensatz von Arbeit und Kapital einfach hinweggewischt. Der Betriebsrat ist somit Vermittler und nicht Interessensvertretung der Arbeiter. Er hat zum "Wohl des Betriebes" (des Unternehmers) zu wirken, d.h.also, die Ausbeutung der Arbeiter zu gewährleisten, denn nur so kann der Kapitalist sein "Wohl" erhalten und vermehren. Arbeitgeber und Betriebsrat sollen "vertrauensvoll" zusammenarbeiten. Dies kann doch nur bedeuten, daß sich beide hinter dem Rücken der Arbeiter und unter Ausschluß derer Interessen verständigen.

BETRIEBSFRIEDEN

§ 74,2 zeigt noch deutlicher die Aufgabe des Betriebsrates, die Arbeiter ruhig zu halten und sie an der Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber dem Kapital zu hindern: " Maßnahmen des Arbeitskampfes... sind unzulässig. ... Arbeitgeber und Betriebsrat haben Betätigungen zu unterlassen, durch die der Arbeitsablauf oder der Friede des Betriebes beeinträchtigt werden." Der Betriebsrat ist also gezwungen, spontane Streiks und Aufstände innerhalb eines Betriebes zusammen mit den Unternehmern niederzuhalten. Der Begriff "gefährdet" im alten BVG wurde durch "beeinträchtigen" ersetzt. Selbst kleine Unstimmigkeiten können nun den "Betriebsfrieden beeinträchtigen". Das verdeutlicht mehr als alles andere, daß der Betriebsrat nur der verlängerte Arm des Kapitals ist, unter dem Deckmäntelchen der Interessenvertretung der Arbeitnehmer.

HONIG UM DEN BART

Dauernd wird im neuen BVG auf die Gemeinsamkeit von Arbeitgeber und Betriebsrat hingewiesen. Diese öfters beschworene Einheit erinnert sehr an die faschistische "Gemein- u. Volkswohl" in den Betrieben des Dritten Reiches. Widersprüche zwischen Arbeitern und Unternehmern werden geleugnet bzw. verniedlicht. Den Lohnabhängigen wird weisgemacht, sie und die Unternehmer hätten im Grunde ja die gleichen Interessen. "Unternehmerinteresse gleich Arbeitnehmerinteresse" u. "Wenn es dem Unternehmer gut geht, geht es auch dem Arbeiter gut" (Betriebsratsvorsitzender der Rhein. Braunkohle AG) sind bezeichnende Äußerungen dafür.

MITBESTIMMUNG?

§ 75,2 "Arbeitgeber und Betriebsrat haben die freie Entfaltung der Persönlichkeit der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer zu schützen und zu fördern". Zynischer und nichtssagender geht es nicht mehr. Die freie Entfaltung der "Persönlichkeit" des Arbeiters wird tagtäglich von Arbeitgeber und Betriebsrat verhindert (z.B. "Demokratie" im Betrieb), ja diese Erniedrigung ist eine notwendige Voraussetzung für das "Wohl" des Unternehmers.

Als fortschrittliche Neuerungen des BVG werden der Zugang der Gewerkschaften zu den Betrieben, und das Recht des Arbeiters zur Einsicht in seine Personalakte proklamiert. Doch sieht bei näherer Betrachtung auch hier die Sache anders aus. "...der im Betrieb vertretenen Gewerkschaften ist deren Beauftragten nach Unter-

richtung des Arbeitgebers oder seines Vertreters Zugang zum Betrieb zu gewähren, soweit dem nicht unumgängliche Notwendigkeiten des Betriebsablaufes, zwingende Sicherheitsvorschriften oder der Schutzvon Betriebsgeheimnissen entgegenstehen." Der Unternehmer kann demnach jederzeit Gewerkschaftlern den Zutritt zum Betrieb verwehren, denn die im Gesetz genannten Gründe, die dem Zutritt "entgegenstehen", lassen sich immer anwenden und bedürfen keiner näheren Erläuterung.

"Der Arbeitnehmer hat das Recht, in die über ihn geführte Personalakte Einsicht zu nehmen." (§ 83,1) Was nützt dem Arbeiter das? Der Arbeitgeber kann, bevor er die Personalakte aushändigt, alle diskriminierenden Vermerke herausnehmen und nach Rückerhalt wieder einheften. Bekommt der Betroffene im günstigen Falle seine Verweise zu sehen, so hat er nichts davon, denn sie werden dadurch nicht getilgt.

Aber dafür hat man den Arbeitern noch andere "Rechte" zugebilligt. "Der Arbeitgeber hat den Arbeitnehmer über dessen Aufgabe und Verantwortung, sowie über die Art seiner Tätigkeit und ihrer Einordnung in den Betriebsablauf zu unterrichten." Vorteil für den Arbeiter? Wohl kaum, sondern Notwendigkeit (auch ohne gesetzl. Hilfe) für den Unternehmer, denn ein Arbeiter, der nicht weiß, wie und was er arbeiten soll, nützt dem Ausbeuter nicht.



Nach § 82 darf der Arbeiter " in betrieblichen Angelegenheiten, die seine Person betreffen, von den... zuständigen Personen gehört werden. Er ist berechtigt, zu Maßnahmen des Arbeitgebers, die ihn betreffen Stellung zu nehmen, sowie Vorschläge für die Gestaltung des Arbeitsplatzes zu machen." Wesentlich dabei ist, daß die Entscheidungen beim Unternehmer verbleiben. Der Arbeiter darf "gehört werden" "Stellung nehmen" und "Vorschlägemachen", bestimmen darf er nicht. Er hat auf das Wohlwollen seines Herrschers zu hoffen.

DER UNTERNEHMER ENTSCHEIDET

Die Mitbestimmung des Betriebsrates bleibt auch weiterhin auf wenige und dazu noch unwesentliche Bereiche beschränkt(Verhalten der Arbeitnehmer, Beginn u. Ende der Arbeitszeit, Zeit u. Ort der Lohnauszahlung, Einrichtungen zur Überwachung der Arbeiter u.a.m.).Kündigungen bleiben rechtswirksam, auch wenn der Betriebsrat ihnen nicht zustimmen sollte.Dies wird zwar eingeschränkt im Falle einer Möglichkeit, der betroffenen Arbeiter auf einen anderen Arbeitsplatz zu versetzen; aber wer entscheidet, ob noch ein anderer Arbeitsplatz frei ist oder nicht? Der Unternehmer natürlich.

KLASSENCHARAKTER

Auch bei der Personalplanung muß der Betriebsrat unterrichtet und gehört werden. Er darf sogar Vorschläge zu ihrer Durchführung machen. Wer entscheidet? Der Unternehmer.

Dies sind beileibe nicht alle arbeiterfeindlichen Bestimmungen des über 100-Paragraphen-Werks der Regierung. Aber sie lassen doch schon im wesentlichen den Klassencharakter dieses Gesetzes erkennen.

EIN WEITER WEG

"Es ist eine gute Grundlage für die Integration der Arbeitnehmer im Betrieb" (Bund esvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände). Das BVG dient dazu,dem Arbeiter auch rechtlich den Status des Lohnabhängigen und damit des Ausgebeuteten zuzuweisen und die Stellung des kapitalistischen Unterdrückers staatlich einzusegnen.

Solange die Arbeiter und Angestellten nicht die Unternehmer und den bürgerlichenStaat abgeschafft und die Verwaltung der Betriebe selbst in die Hand genommen haben, werden angebliche Rechte der Arbeitnehmer in Wahrheit die Klassenherrschaft des Bürgertums aufrechterhalten.

Impressum

Die "Kölner-Heinzelpress" wird von den Kölner Heinzelmenschen in eigener Regie und Finanzierung hergestellt.

Heinzelpress Redaktionskollektiv
5 Köln 1, Moltkestr. 27
Telefon 248222

Konto Nr. 140938 bei Kölner Bank von 1867
5 Köln 1, Heumarkt

Druck: HEINZELPRESS

WIE HEILIG IST DAS EIGENTUM?

% der Deutschen sind gegen die Sozialisierung von Grund und Boden; 72 % lehnen eine höhere Erbschaftssteuer ab. Das ergab vor einiger Zeit eine Umfrage des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL". Nichts scheint großen Teilen der Bevölkerung heiliger zu sein, als das Eigentum. Aber was ist Eigentum, was bewirkt es und wer hat überhaupt Eigentum?

Zuerst ist es wichtig, zu unterscheiden zwischen Eigentum an, also der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Konsumtionsmittel. Nur 1,7 % der Bevölkerung besitzt über 70 % der Produktionsmittel in der BRD. Also eine krasse Minderheit nennt Werte ihr eigen, die die gesamte Bevölkerung erwirkt hat. Von 641 Milliarden DM Geld- und Sachkapital gehören 450 Milliarden den Selbständigen. Die Masse der Unselbständigen besitzt nur Konsumtionsmittel, mithin Hausrat, Garderobe, vielleicht ein Auto und als höchstes Gut ein Eigenheim. Ihr Einkommen läßt nicht zu, daß sie wesentliches Vermögen ersparen können. Eigentum an Produktionsmitteln beinhaltet aber auch Verfügungsgewalt über Arbeitskräfte und damit die Anhäufung neuer Werte. So geht denn die Tendenz auch weiter dahin, daß die Kluft zwischen den Besitzlosen und den wenigen Reichen weiter zunimmt. Während 1968-70 sich das Einkommen der Nichtselbständigen um etwa 20 % erhöhte, besaßen die Selbständigen 46 % mehr. Die deutsche Bundesbank konstatierte, daß von den deutschen Aktiengesellschaften 86 % mit einem Kapital von 48, 3 Milliarden DM wiederum den Selbständigen und ihren Firmen gehört. Den Rest besitzt die priviligierte Schicht der Manager. Zur Erweiterung ihres Vermögens helfen ihnen die Steuergesetze. Selbst die Reichsten der Reichen zahlen in einem Jahr nur 1 % Vermögenssteuer (vom steuerpflichtigen Einkommen absetzbar). Die Erbschaftssteuer beträgt auch bei Millionenvermögen nur 15 % (in anderen Ländern bis 80 und 90 %) "in einem Ausmaß, wie es in der neuen deutschen Steuergeschichte bisher unbekannt war, wurde die Belastung aus der Einkommenssteuer manipuliert." (Finanzwissenschaftler Zeitel)

Der Anteil der Arbeitnehmer am Realvermögen sank in der Zeit von 1950 bis 1965 von 34,7 % auf 17,2 %.
"Eines Tages wird es nur noch ein paar Multi - Multi-- Multimillionäre und sonst konsumierende Habenichtse geben." (Nationalökonom James E. Meade).
Das Volksvermögen wird bis 1979 um etwa 1200 Milliarden DM wachsen. Der Löwenanteil, so übereinstimmend die Wirtschaftswissenschaftler, wird wieder den 2% Reichen zufallen.

Das Eigentum hat in unserer Gesellschaft einen fetischhaften Charakter, auch für die, die überhaupt keins haben. Die Illusion, selbst zu Eigentum zu kommen, die die Ideologie unserer Gesellschaft dem einzelnen Tag für Tag einhämmert, läßt an ihrem angeblichen Nutzen und moralischen Integrität keine Zweifel aufkommen. Dabei sind jetzt schon soziale und ökonomische Notwendigkeiten abzusehen, die das Privateigentum im jetzigen Sinne aufheben müssen. So z. B. Grund und Boden. Mehr als alles andere sind Grund und Boden keine beliebig vermehrbaren Waren, trotzdem werden sie wie Waren gehandelt. Soziologe Werner Hofmann schätzte die Gewinne, die aus Bodenspekulationen seit dem Kriegsende gezogen wurden auf ca. 100 Milliarden DM. Bund, Länder und Gemeinden müssen wahnwitzige Preise für Baugrund bezahlen. Über Nacht schnellen die Bodenpreise um ein Mehrfaches hoch, wenn die Bauvorhaben der Stadt bekannt werden. Der Steuerzahler, mithin der Arbeitnehmer, zahlt praktisch die Gewinne aus diesen Bodenspekulationen. Daß dabei natürlich die Superreichen wieder das meiste kassieren, versteht sich von selbst.

Sie haben nicht nur den weitaus größten Grundbesitz, sondern können z.B. noch wertlose Grundstücke aufkaufen, von denen sie wissen, daß sie in absehbarer Zeit kommunales Bauland werden sollen. Der soziale Wohnungsbau kommt heute schon stellenweise völlig zum Stillstand. "Bei Preisen von 100 DM pro qm ist kein sozialer Wohnungsbau mehr drin" (OB von Freiburg-Keidel). In fast allen Großstädten wurden schon geplante Siedlungsvorhaben eingestellt.



Und wo trotzdem gebaut wird, sind die Mieten dementsprechend hoch. "In der Miete pro qm stecken bis zu 3 DM, die der Baugrund gekostet hat!" (Geschäftsführer der "Neuen Heimat" Geigenberger). Aber nicht nur der soziale Wohnungsbau leidet darunter, auch Schulen und Straßen können zum Teil nicht mehr gebaut bzw. nur erheblich teurer erstellt werden.

Als weiterer Faktor kommt die planlose Zersiedelung der Landschaft durch die Eigenheime hinzu. Das Eigenheim wurde zum Traum eines jeden Bundesbürgers. Über 80 % wünschen sich ein Haus im Grünen, "mit jenen verewigten Knusperhäuschen aus Grimms' Märchen, das schon jetzt das Land wie ein Pilz überzogen hat" (Architekt Otel Aicher). Architekten und Landschaftsplaner bezeichnen schon jetzt diese Zersiedelung als große Gefahr künftiger Stadt- und Landschaftsplanung. Dem Eigenheim als Eigentum des kleinen Mannes werden Wunderdinge zugesprochen: keine Abgase, kein Lärm, Freiheit, keine Miete, keine lästigen Vermieter usw. Dies mag für einen kleinen Teil auch zutreffen. Doch mit der Zeit wird für viele Eigenheimbesitzer klar, daß sie sich damit auch Isolation und Abgeschiedenheit eingehandelt haben, sowie eine Zinsen- und Tilgungsbelastung, die sie vorher garnicht überblickt hatten. Und was heißt hier überhaupt "individuell"? Man betrachte sich nur mal die monotonen Reihenhäuser oder die in Reih und Glied aufgestellten gleichförmigen Einfamilienhäuser. Dabei werden "dem Grün Qualitäten zugemessen, die ans Wahnhafte grenzen" (Soziologin Heide Berndt) und weiter "es bleibt unverständlich, warum Bäume und Sträucher bei seelischen Erkrankungen einen so günstigen Einfluß haben sollen".

"Das Einfamilienhaus ist der Inbegriff städtischer Verantwortungslosigkeit und der Manifestation des privaten Egoismus" (Sozialpsychologe Mitscherlich). Dieser "private Egoismus" wird mit Individualität und Freiheit identifiziert. Die Eigenheimideologen wurden und werden nicht müde, dies den Leuten weiszumachen: der Nationalsozialismus verherrlichte das Eigenheim mit der Phrase "Volkswohnungen in Kleinsiedlungen", später erachtete Konrad Adenauer "für dringend notwendig die Verbindung der Familie mit der Natur, der Pflege des Gartens und der Muttererde", u. Paul Lücke "Bollwerk zum Schutz gegen äußere und innere Bedrohung", Der Sinn war und ist klar: die Ablenkung der Bevölkerung von der Eigentums-und Vermögenskonzentration *in* den Händen weniger. Zudem: wer ein eigenes Haus besitzt, ist nicht zu politischer Aufmüpfigkeit angetan. Wer streikt schon, wenn er ein Haus abbezahlen muß? Das Eigenheim ist der Ausdruck gesellschaftlicher Unfreiheit, denn nur wer sich in der Gesellschaft unfrei und abhängig fühlt, zieht sich ins "private Glück" zurück. Eigentum bedeutet für die Ideologen unserer Gesellschaft "Freiheit und Individualität". Doch ist gerade das Privateigentum im Sinne des Habens und Besitzens die Verneinung des Menschseins undMenschwerdens, "so ist die positive Aufhebung des Privateigentums, d.h. die sinnliche Aneignung des menschlichen Wesens und Lebens, des gegenständlichen Menschen, der menschliche Werke für und durch den Menschen, nicht nur im Sinne des unmittelbaren, einseitigen Genusses, nicht nur im Sinne Besitzens" (Karl Marx Der Mensch verwirklicht sich als Mensch nur in der Aneignung der Natur gemeinsam mit den anderen.

Die schöpferische Gestaltung der Umwelt im Zusammenwirken mit anderen Menschen gibt dem Menschen erst seine Individualität. " Das Privateigentum hat uns so dumm und einseitig gemacht, daß ein Gegenstand erst der unsrige ist, wenn wir ihn haben, also als Kapital für uns existiert", (Marx) und weiter "Die Aufhebung des Privateigentums ist daher die vollständige Emanzipation aller menschlichen Sinne und Eigenschaften, aber sie ist diese Emanzipation gerade dadurch, daß diese Sinne und Eigenschaften menschlich geworden sind." Aber gerade unsere kapitalistische Gesellschaft verhindert diese Emanzipation, denn das Privateigentum und der Besitz sind die höchsten Werte dieser Gesellschaft . Es geht nicht um die sinnliche Aneignung (sehen, tasten, hören usw.), sondern rein um das Besitzens eines Gegenstandes.



und 140.000 Ladendiebe wurden 1970 von den Häschern des Handels an die Gerichte zwecks Bestrafung weitergereicht. Damit wurden ca. 10 % aller Ladendiebstähle aufgeklärt.

Die deutschen Ladendiebe vereint ergäben eine Großstadt von der Einwohnerzahl Münchens. Es wurden 1970 Waren im Werte von 1 Milliarde "geklauft". Ladendiebstähle sind ein Wohlstandsdelikt. Schuld an der Häufigkeit sind die Warenhauskonzerne selbst. Ihre psychologisch immer weiter verfeinerte Verkaufstechnik führt die Kunden in Versuchung, der sie auch vielfach erliegen. Die "Kläufer" rekrutieren sich aus den verschiedensten sozialen Schichten.

LADEN DIEBSTAHL

Tiefere, der Selbstkontrolle entzogene Besitzinstinkte zu wecken, erstreben die Werbepsychologen des Handels. Es wird vom "griffaktiven Aufbau" neuer Selbstbedienungszonen, vom künstlich erzeugten "Einkaufsbehagen", das den Kunden wie luxuriöse Benommenheit in überheizten Räumen befällt, gesprochen.

Wenn man sein Kfz unverschlossen läßt, wird man nach § 14 StVo bestraft. Der kleine Mann, der vergißt sein Fahrzeug abzuschließen, wird bestraft. Die Warenhauskonzerne, die ihre Artikel bewußt verführerisch hinstellen, gehen frei aus.

Heinzel Markt

MOFAS gebraucht, guterhalten möglichst billig GESUCHT von
1) B.Lomnitz: 23 80 63
2) C.Kulbick: 37 45 06

Wir Heinzelmenschen suchen einen AUTOSPEZIALISTEN, der uns unser Heinzelauto repariert. Möglichst billig! Tel.: 24 82 22

Wir suchen für unser Heinzelhaus:
Kühlschränke, Schreibtische (u. andere Tische), Kleiderschränke, Teppiche, Sessel, Stühle, Dekorationsstoffe, Farbe, Pinsel und so weiter!

Bitte rufen Sie uns an: 24 82 22

FAHRRAD GESUCHT ! Tel.: 24 82 22 - Dieter Eich

LEHRLING
als Dressurobjekt

Für den Ausbilder ist wichtig, den Charakter durch Beobachten des Verhaltens zu erkennen, das Verhalten zu beeinflussen, schlechte Charaktereigenschaften unter Eigenkontrolle zu stellen und gute Eigenschaften zu fördern. (S.38)

Von der Erziehung zu einem positiven Arbeitsverhalten hängt weitgehend der Ausbildungserfolg ab. (S.39)

Das soziale Verhalten ist anlagebedingt!!! (S.40)

Die Erziehung fußt auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, deren Erläuterung jedoch den Ausbilder nur verwirrt!!! (S.104)

Erziehung ist: Beeinflussung des jungen Menschen zum Guten und Nützlichen. (S.106)

Erziehungsziele sind u.a. Einordnung in die Gemeinschaftsordnung u. die betriebliche Organisation. Erkennen von Sinn u. Zweck einer Vorschrift. Sinnvolles Anwenden der Vorschrif u. richtiges Arbeitsverhalten. (S.114)

Strafen müssen körperlich, geistig und seelisch unangenehm sein. Sie sind unwirksam, wenn sie nicht als gerechte Zurechtweisung empfunden werden. (S.118)

Der Zwang muß durch Vertrautmachen der Vorschriften gemildert werden. Dann aber muß der Jugendliche dazu gebracht werden, ohne unmittelbaren Zwang die Vorschriften einzuhalten, einwandfrei zu arbeiten und ein positives Verhalten zu zeigen. (S.121)

Der Jugendliche will, bewußt oder unbewußt, ein Vorbild haben.
Regel: Der Ausbilder muß immer Vorbild sein. (S.121)

Der Jugendliche muß gegen sich selbst hart werden. Aller Erfolg muß erkämpft werden.

Er (der Jugendliche) muß einsehen, daß er für fremde Werte eine Art Verantwortung hat. (S.131)

Die Notwendigkeit der Unterordnung muß erkannt werden, die Unterordnung selbst freiwillig erfolgen.
Zwang soll nach Möglichkeit nicht fühlbar werden. (S.126)

Ordnung, Sauberkeit und Disziplin müssen sein. (S.125)

Die Erziehungsarbeit hört nicht hinter dem Fabriktor auf. (S.124)

So sehen also die internen Dressurinstruktionen der Industrie aus. Willige Untertanen, die ohne aufzumucken sich ausbeuten lassen, sind das Ziel dieser "Erziehung"!

Aus "FIBEL FÜR DEN BERUFSAUSBILDER IN DER INDUSTRIE"